

036

Juli 2013

Info-Teaser für Aktive

JUNGE IMPULSE

Jugendpolitische Umfeldbeobachtungen

Junge Politik

Krise in Europa:

Jugendgipfel der EU-Gewerkschaften

Obwohl die Jugendarbeitslosigkeit zu einem der größten Probleme der EU geworden ist, obwohl fast 25 Prozent der unter 25-Jährigen ohne Arbeit oder Ausbildung sind, die Kanzlerin hat sich dafür bislang kaum interessiert. Doch es herrscht Wahlkampf – und so bat Merkel die europäischen Staats- und Regierungschefs am 3. Juli ins Berliner Kanzleramt um über die so genannte Jugendgarantie zu sprechen. Damit will die EU sechs Milliarden Euro für Maßnahmen bereitstellen, die junge Menschen in Arbeit oder in Ausbildung bringen sollen. Doch außer medienwirksamen Lippenbekenntnissen stand am Ende: Nichts. Zumindest nichts Neues. Die europäischen Gewerkschaften hatten dies geahnt – und in weiser Voraussicht zu einem alternativen Jugendgipfel unter dem Motto "Stop Talking – Act Now" eingeladen. DGB-Bundesjugendsekretär Florian Haggenmiller: "Die Jugend ist systemrelevant. Niemand soll behaupten, für sie sei kein Geld da. Die Staats- und Regierungschefs müssen sich die Frage gefallen lassen, ob ihnen das Wohl der europäischen Jugend weniger am Herzen liegt als das Wohl von Finanzmanagern und Bankern."

→ [Weiter...](#)

Jugend in Europa:

Neue Studie belegt Altbekanntes

Bahnbrechende Erkenntnisse der Europäischen Agentur für Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA): "Jugendliche sind nicht unpolitisch, sie sind nur anders. Und sie sind die wahren Europäer." Das ist das Ergebnis einer Auswertung verschiedener Erhebungen des Eurobarometers. Demnach

ist Europa für die Gruppe der 18-24-Jährigen nicht mehr vorrangig ein Friedensprojekt, vielmehr sehen sie "Europa neben der nationalen Zugehörigkeit als Teil ihrer Identität" und "reklamieren für sich am stärksten ein Gefühl Europäischer Bürgerschaft". Das spiegelt sich auch in den Neigungen zu politischer Beteiligung wider: So fühlt sich eine Mehrheit von Parteien und gewählten Vertretern nur unzureichend vertreten und favorisiert Streiks und Demonstrationen als Mittel politischer Willensbekundung.

→ [Weiter...](#)

Bildungsproteste:

Münchner Schüler für "Revolution Bildung"

"Wir sind viele, wir sind laut, weil man uns die Stimme klaut." Unter diesem Motto haben in München Hunderte Schüler für bessere Bildung und für mehr Bildungsgerechtigkeit demonstriert – und die neue Kampagne der IG Metall Jugend "Revolution Bildung" war mittendrin. IG Metall-Bundesjugendsekretär Eric Leiderer, mischte sich mit anderen Aktiven unter die rund 500 Schüler, um genauer zu erfahren, was sich in den Augen der Teilnehmer an den Schulen in Bayern und im Rest von Deutschland ändern muss. "Mehr ganzheitliches Lernen, weniger Selektion" brachte es eine Teilnehmerin auf den Punkt. Luise Baar, Mitorganisatorin der Demonstration, plädierte für mehr Geschlossenheit unter den Bildungsinitiativen: "Wir können eine andere Bildungspolitik machen, dafür müssen wir in der Masse eintreten." → [Weiter...](#)

Bildung in Deutschland:

Soziale Herkunft entscheidet über Zukunft

Das deutsche Bildungssystem hat neuen Studien zufolge weiterhin großen Nachholbedarf bei der Chancengerechtigkeit. Noch immer werde der individuelle Bildungserfolg

036

Info-Teaser für Aktive



wesentlich von der sozialen Herkunft geprägt – und zwar von der Schule bis zur Universität. Das geht aus neuen Studien hervor, die in den letzten Wochen erschienen sind. Laut Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) schaffen es nach wie vor nur 23 von 100 Kindern aus Nicht-Akademiker-Haushalten an die Uni während die Kinder von Akademikern zu 77 Prozent ein Studium aufnehmen. Auch die OECD-Bildungsstudie "Bildung auf einen Blick" und der "Chancenspiegel" der Bertelsmann Stiftung über die Leistungen und Schwächen der Schulsysteme in den 16 Bundesländern stimmen überein: "Alle haben Nachholbedarf". → [Weiter...](#)

Junge Gesellschaft

"Mach meinen Kumpel nicht an": Wettbewerb "Gelbe Hand" startet wieder

Auch in diesem Jahr sucht der "Kumpelverein" mit dem Wettbewerb "Die Gelbe Hand" wieder nach Beiträgen, die ein kreatives Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und für ein solidarisches Miteinander setzen. Aufgerufen sind Mitglieder der Gewerkschaftsjugend, Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen, Jugendliche, die sich in einer beruflichen Ausbildung befinden und alle Auszubildenden und Beschäftigten. Wie der Beitrag gestaltet ist, bleibt der Phantasie der Teilnehmerinnen und Teilnehmer überlassen, von Reportagen über Kurzfilme und Fotostories bis zu Ausstellungen ist alles erlaubt. Zu gewinnen gibt es 1.000 Euro für den ersten Preis, 500 Euro für den zweiten Preis und 300 Euro für den dritten Preis, dazu kommen Sonderpreise vom Land Thüringen, der DGB-Jugend Thüringen und der DGB-Jugend Nordrhein-Westfalen, die jeweils mit 500 Euro dotiert sind. Einsendeschluss für die Wettbewerbsbeiträge ist der 17. Januar 2014. Der "Kumpelverein" engagiert sich seit seiner Gründung vor über 25 Jahren gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus und wurde Mitte der 80er-Jahre von den Jugendorganisationen der DGB-Gewerkschaften gegründet. → [Weiter...](#)

Internationaler Aufruf: Unterstützung für türkische Gewerkschaften

Seit Ende Mai dauern die Demonstrationen gegen die Politik des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan und seines konservativ-islamischen Regimes mittlerweile an, beinahe täglich kommt es dabei zu gewaltsamen Auseinandersetzungen von Demonstranten mit der türkischen Staatsgewalt. Nach mehreren gewaltsamen Räumungen des Istanbuler Gezi-Parks, der seit Beginn der Proteste im Zentrum der Auseinandersetzungen steht, hatten türkische Gewerk-

schaftsverbände im Juni zu Generalstreiks aufgerufen. Nun will auch der internationale Gewerkschaftsverband ITUC-CSI die Demonstranten in der Türkei mit einer Solidaritätskampagne unterstützen. Gefordert wird unter anderem die Freilassung aller Festgenommenen, die Einstellung aller Verfahren und die Aufhebung aller Einschränkungen des Versammlungsrechts. → [Weiter...](#)

Geheimdienste I: Gegen "Extremismusquatsch"

Vom einseitig ermittelnden Verfassungsschutz bis zur so genannten Extremismusklausel von Familienministerin Schröder: Zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich gegen Antisemitismus und Rassismus richten, wurde das Leben in den letzten Jahren systematisch schwer gemacht – während staatliche Organe etwa bei der Aufklärung der rechtsterroristischen NSU-Morde jahrelang vollständig versagt haben. Gegen diese Tendenz staatlicher Organe zu verstärkter Überwachung als links eingestufte Positionen wendet sich eine Kampagne, die die Jugendorganisation der Grünen gemeinsam mit der "Linksjugend" im April gestartet hat und die mit der im Sommer anstehenden Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichtes eingestellt werden soll. Auf der Kampagnenseite können sich Unterstützer nach Verfassungsschutz-Kriterien als Linksextreme bekennen – indem sie sich etwa gegen Atomenergie oder gegen Neonazis aussprechen. Die Kampagne kann noch unterschrieben werden. → [Weiter...](#)

Geheimdienste II: Staatsschutz schüchtert Spaziergänger ein

Die so genannte NSA-Affäre um den Whistleblower Edward Snowden nimmt immer absurdere Züge an. Während die Bundesregierung standhaft weiter beteuert, nichts von der gigantischen Überwachungsmaschine der NSA gewusst zu haben, zeigen sich nun auch deutsche Geheimdienste als überaus nervös – etwa, wenn sich harmlose Spaziergänger einen kleinen Spaß erlauben. Das erfuhr der Griesheimer Daniel Bangert am eigenen Leib: Nachdem er auf Facebook eine in Naturfreunde-Manier formulierte Einladung zu einem Spaziergang rund um den Dagger-Complex der NSA in Griesheim gepostet hatte, stand wenige Tage später der deutsche Staatsschutz vor der Tür. Die Geheimen hatten nicht nur Angst vor zu viel öffentlicher Aufmerksamkeit – sie bestanden auch auf einer ordnungsgemäßen Anmeldung des Spaziergangs als Demonstration. Schließlich wurden etwa 30 Spaziergänger von 2 Streifenwagen durch die Wiese begleitet. Und noch immer weiß niemand so recht über das Treiben von BND oder NSA Bescheid.

→ [Weiter...](#)

Junges Leben

Sensationell:

Angela Merkel entdeckt "Neuland"

Die CDU und das Internet – das ist ein langes, häufig amüsanter Kapitel, das ganz ohne Zutun der Opposition immer weiter geschrieben wird. So auch beim Besuch von US-Präsident Obama in Berlin: Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz zur so genannten NSA-Affäre gab Kanzlerin Merkel wieder einmal preis, wie viel sie von den Massenmedien unserer Zeit versteht: Denn während Milliarden von Menschen auf der ganzen Welt tagtäglich selbstverständlich über das Internet kommunizieren, ist selbiges für die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland einfach nur "Neuland". Binnen weniger Minuten provozierte diese Äußerung den erwartbaren Spott: Die kleine Angela wolle aus Neuland abgeholt werden, hieß es da, oder auch: "Ich hab gerade dieses 'Google' entdeckt. Da kann man praktisch alles suchen. Schaut euch das mal an!" Am Ende wird der Hashtag #Neuland aber wohl eher als Witz in Erinnerung bleiben: "Dieser Tag wird in die Geschichte eingehen. 19. Juni 2013: Merkel entdeckt #Neuland." → [Weiter...](#)

"Jugend hackt":

Neue Konferenz in Berlin

Wettbewerbe wie "Jugend forscht" und "Jugend musiziert" sind staatlich geförderte Initiativen, denen bislang im Bereich Software nichts gegenüber steht. Um das zu ändern, hat die Open Knowledge Foundation Deutschland "Jugend hackt" ins Leben gerufen, ein zweitägiges Veranstaltungsformat für technikbegeisterte Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren, das am 7. und 8. September in Berlin stattfinden wird. Im Rahmen des zweitägigen "Hackdays" werden die TeilnehmerInnen zwei Tage lang mit den offenen Daten der Stadt Berlin arbeiten, experimentieren und daraus kreative informative Anwendungen erstellen. Die Arbeit mit offenen Daten aus der eigenen Lebensumgebung bietet den Teilnehmern neben der technischen Herausforderung interessante Einblicke in Abläufe und Strukturen ihrer Stadt. Interessierte können sich auf der Internetseite schlau machen und gleich online anmelden. → [Weiter...](#)

Hongkonger Filmprojekt:

Spionagethriller in 5 Minuten

Die wochenlange Flucht des Ex-NSA-Mitarbeiters Edward Snowden hält die Welt noch immer in Atem – und inspiriert

eine Gruppe von Hongkonger Hobbyfilmern dazu, die Geschichte als Mini-Thriller zu verfilmen. Der Fünf-Minuten-Streifen "Verax" erzählt von Snowdens Tagen in Honkong, in denen der ehemalige Geheimdienstmitarbeiter seine Enthüllungen öffentlich machte. "Es war echtes Guerilla-Filmemachen", sagt ein Beteiligter des Projekts, das mit insgesamt 500 Dollar auskommen musste und seine Arbeit noch nicht abgeschlossen hatten, als Snowden bereits auf dem Weg nach Moskau war. Auf YouTube wurde der Film bereits mehr als 125.000 Mal gesehen. → [Weiter...](#)

Neues Buch:

"Die Katastrophe verhindern"

Die schwelende Eurokrise ist weiter Thema für Wissenschaftler und Intellektuelle in ganz Europa: Nun haben der deutsche Historiker Karl Heinz Roth und der griechische Soziologe Zissis Papadimitriou ein Buch veröffentlicht, das sich gegen die aktuelle, von Deutschland dominierte Politik richtet, die nach Meinung der Autoren über kurz oder lang in die Katastrophe führt. Ihr "Manifest für ein egalitäres Europa" plädiert dafür, die unmittelbaren Kämpfe der von der Krise Betroffenen etwa in Griechenland zu stärken und gegen die vermeintliche Übermacht einer deutschen Bundesregierung zu richten, der es nur um die Steigerung deutscher Wirtschaftsmacht gehe. Ihr Buch ist ein Aufruf zur Vereinigung an die vielen unterschiedlichen Oppositions- und Widerstandsgruppen in Europa, die sie unter dem Begriff "Multiversum" zusammenfassen. Ihr Ziel ist eine "Assoziation für ein egalitäres Europa", zu der sie auf einer begleitenden Internetseite auch gleich aufrufen.

→ [Weiter...](#) und → [Weiter...](#)

Am Ende

Unerwarteter Geldsegen:

GEMA erhebt Gebühren auf Telefonmitschnitte

Die Überwachung des Kommunikationsverkehrs durch alle westlichen Geheimdienste bis auf den BND, der bis heute von gar nicht weiß, könnte Millionen Bundesbürgern einen unerwarteten Geldsegen bescheren: Die GEMA darf nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts Gebühren auf Telefonmitschnitte erheben, je nach Anzahl und Länge kommen Einkünfte zwischen 20 und 1.000 Euro auf die "Künstler" zu. Um künftig von den bei den unterschiedlichen Geheimdiensten eingetriebenen Gebühren zu profitieren, sollte jeder Bürger einen Wahrnehmungsvertrag mit → [der GEMA abschließen](#)